

KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

GEIDORF

Kurzparkzonen für die Theodor-Körner-Straße

Im Bezirk wird der Unmut über das Parkproblem in der Theodor-Körner-Straße lauter. Die Parkplätze sind derart von Pendlern verparkt, dass die Bewohner kaum Parkplätze finden. Daher wird die Einrichtung einer Kurzparkzone dringend gefordert.

Neuer Spielplatz am Hasnerplatz

Derzeit wird der Spielplatz Hasnerplatz umgebaut. Eltern mit Kleinkindern werden sich freuen, meint Bezirksrätin Grete Skedelj, soll doch eine Abgrenzung dafür sorgen, dass die Sprösslinge nicht so rasch auf die gefährliche Straße entwischen können und die Spielflächen frei von Hundekot bleiben.

WALTENDORF

Bibliothek muss bleiben

Auf breite Ablehnung stößt die Schließung der Bibliothek in der Rudolfstraße. Für viele Bewohner der Bezirke Waltendorf und Ries ist die Zweigstelle zu einem wichtigen Bestandteil ihres Lebens geworden, an dem Bücher entlehnt und soziale Kontakte gepflegt werden.

„Ein schlimmeres Armutszeugnis als die Schließung von Schulen und Bibliotheken kann sich die Politik gar nicht ausstellen. Den Menschen wird eine der wenigen leistbaren Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten weggenommen“, so KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs.

GRIES

Keine neue Straßenverbindung

Auf dem Gelände neben der Karlauer Kirche (ehem. Fa. Kuss) wird ein Penny-Markt einziehen. Bei der Bauverhandlung dazu wurde festgehalten, dass eine Straßenverbindung von der Karlauerstraße zur Rankengasse in dieser Gegend nicht geplant und vor allem von der Bevölkerung nicht gewünscht wird.

MARIATROST

Stoppt die Blechlawine!

„Der öffentliche Verkehr muss über die jetzige Endstation der Linie 1 weiter stadtauswärts wirksam werden, um der wachsenden Blechlawine entgegenzutreten“, benennt GR Andreas Fabisch das drin-

EGGENBERG

Aus für Übungsvolksschule?

„Die Pädak in Eggenberg darf auf keinen Fall zugesperrt werden!“, meint BV-Stellvertreterin Eva-Maria Fischer. Die Schließung der Übungsvolksschule wäre ein großer Verlust für den Bezirk.

Da in den anderen Schulen in Eggenberg zu wenig Platz ist, um die Kinder der Pädak unterzubringen, würde das be-



Seniorenberatung

Das Siedlungsprojekt Denggenhof organisiert einmal im Monat (jeden letzte Mittwoch) einen Pensionisten-Treff im Siedlungszentrum. Für eine kompetente Sozialberatung bei diesen Treffen setzt sich Bezirksvorsteher Stv. Inge Arzon (KP) ein.

gendste Problem des Bezirkes. „Es darf nicht sein, dass gute Lösungsansätze an finanziellen Problemen scheitern“, pocht Fabisch auf die Nahverkehrsabgabe für Unternehmen nach Wiener Vorbild.

deuten, dass viele Kinder in die Innenstadt zur Schule fahren müssten. Für die Eltern wäre das eine große zusätzliche Belastung, zumal heute in den meisten Familien beide Elternteile berufstätig sind. „Die Übungsvolksschule muss erhalten bleiben, egal, ob sie von der Kirche oder von der Stadt finanziert wird.“



INNERE STADT



Fuzos: Künftig mehr Gedränge

Bisher durften zwischen 5 und 11 Uhr nur Lastfahrzeuge mit maximal 7,5 Tonnen in die Fußgängerzone fahren. Künftig erlaubt man die Einfahrt auch Lkws bis 15 Tonnen und öffnet die Fuzo für Pkws. Begründung der Behördenvertreter: Die bestehenden Vorschriften werden ohnehin nicht eingehalten, die Polizei kontrolliert zu wenig.

Nach Auffassung von Franz Stephan Parteder (1. BV-Stellvertreter, KPÖ) ist es gefährlich, wenn man den Wünschen von Wirtschaft und Autofahrerlobby immer wieder nachgibt. Er weist darauf hin, dass Erich Edegger seinerzeit positive Veränderungen gegen wütende Proteste von dieser Seite durchgesetzt hatte.

Beach-Volleyball und Fußball-WM in der Oberstadt

Auf die Bewohner der

Oberstadt kommt im Juni einiges zu. Einen Monat lang gibt es auf dem Dach der Pfauengartengarage Fußball-WM live. Und am Karmeliterplatz findet gleichzeitig ein Beach-Volleyball-Turnier statt. Belästigungen der Anrainer sind vorprogrammiert.

Die KPÖ hat diese Tatsache im Gemeinderat angesprochen. Laut dem zuständigen StR Gerhard Rüschi ist für den (nicht öffentlichen) Bereich Pfauengarten das Veranstaltungsreferat der Bundespolizeidirektion zuständig. Und das begünstigt die Veranstalter, da im Gegensatz zu Freiluftveranstaltungen auf öffentlichen Flächen der Stadt (dort gelten wenigstens die Veranstaltungsrichtlinien) für private Flächen keine verbindlichen Auflagen zum Schutz betroffener AnwohnerInnen vorgeschrieben werden können, was Lärmschutz und Dauer angeht! Grund dafür ist das vollkommen veraltete Veranstaltungsgesetz des Landes aus dem Jahr 1969, das keinen Schutz für die Anrainer vorsieht.